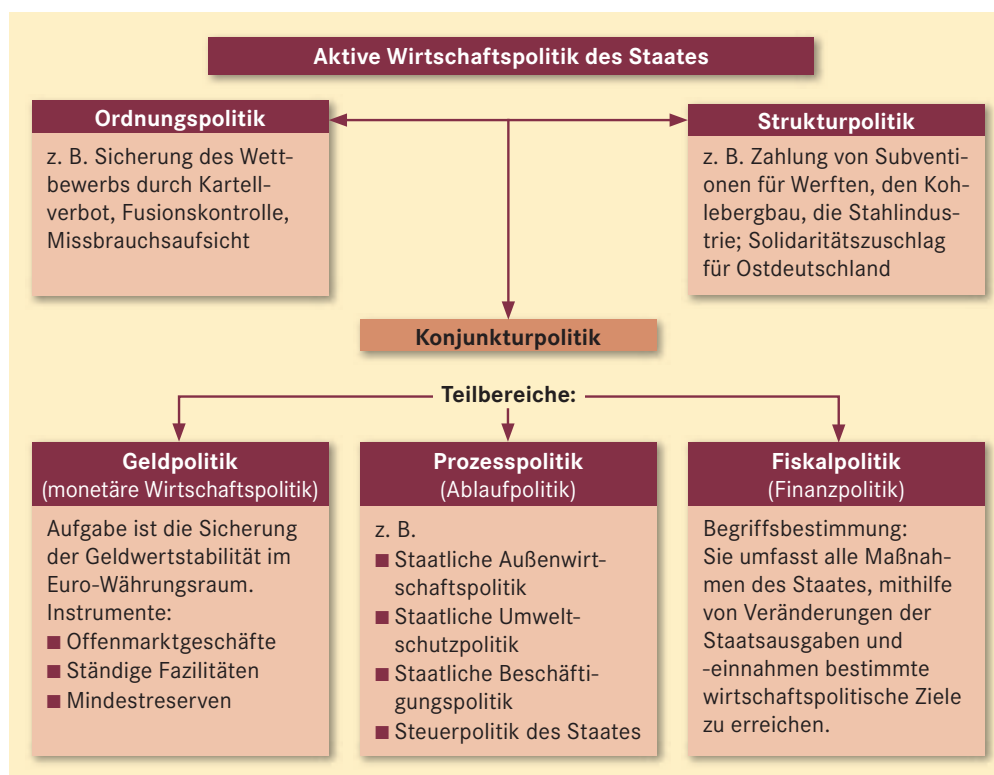


3 Grundlagen der staatlichen Wirtschaftspolitik

Sie vertrauten auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Am Ende standen die Wirtschaftspolitiker der Welt vor einem Scherbenhaufen: Weltwirtschaftskrise – sechs Millionen Arbeitslose in Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg

betreibt der Staat aktive Wirtschaftspolitik, um ein ökonomisches Trümmerfeld, verursacht durch das ungebremste Spiel der Marktkräfte, zu verhindern sowie einer drohenden sozialen Schiefelage frühzeitig entgegenzuwirken.



Die staatliche Wirtschaftspolitik kann in **Struktur-, Ordnungs- und Konjunkturpolitik** aufgeteilt werden. Letztere gliedert sich in **Geld-, Prozess- und Fiskalpolitik** auf. Fiskalpolitik wird auch als **Finanz- oder Haushaltspolitik des Staates** bezeichnet.

3.1 Die Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Adam Smith (1723–1790), Vordenker des klassischen Liberalismus, vertrat die Auffassung, dass der Staat für Recht und Ordnung zu sorgen, sich aber aus dem wirtschaftlichen Geschehen herauszuhalten habe. Denn der Markt könne sich selbst am besten organisieren und durch Wettbewerb, gelenkt von „unsichtbarer Hand“,

höchste Mengen bei **niedrigsten** Preisen umsetzen. Durch den Preismechanismus bräute der Markt sich selbst mit dem Ausgleich von Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht und fördere zugleich das Allgemeinwohl. Die schöne Theorie des „Laissez-faire“ hielt der harten Praxis aber nicht stand. Vielmehr stellten sich

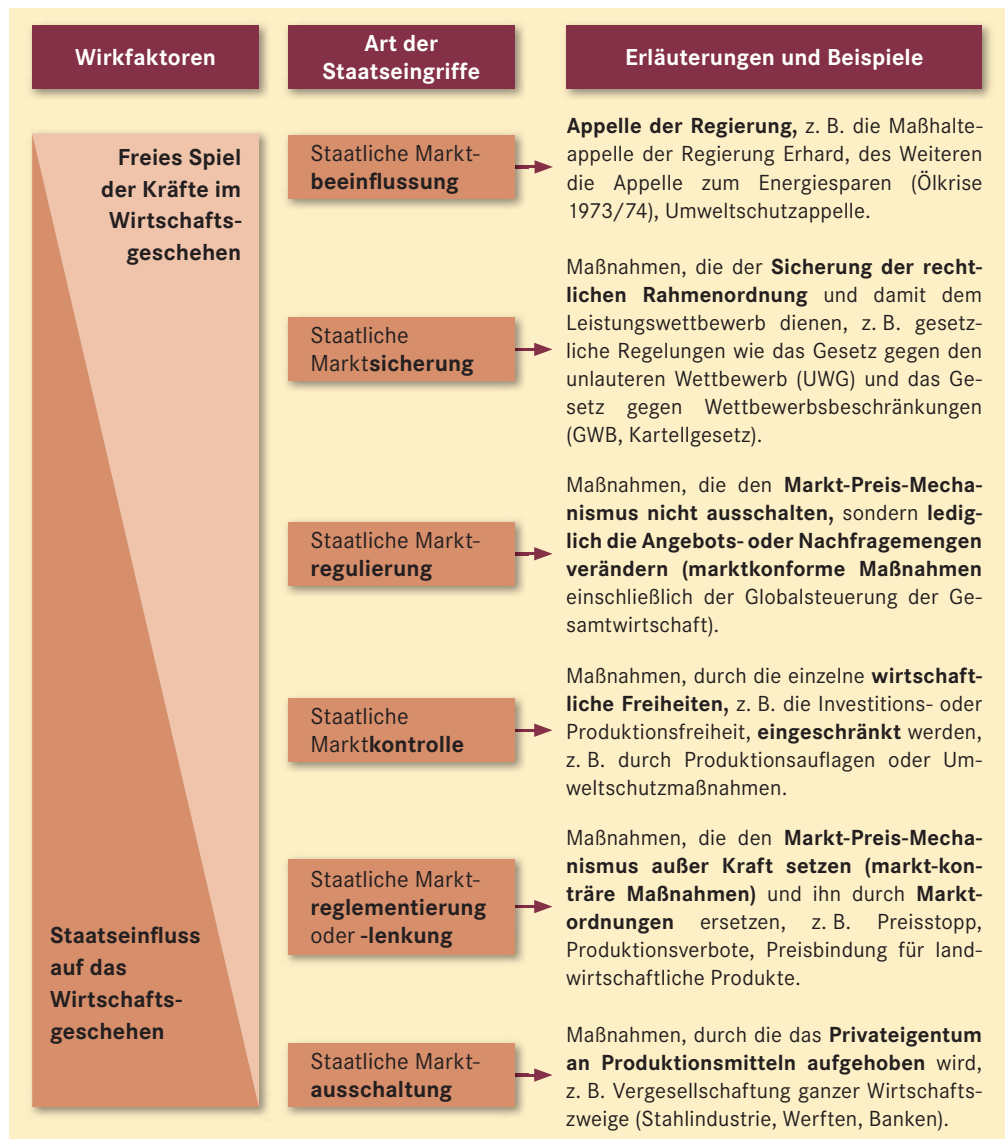
im Laufe der Zeit immer mehr marktwirtschaftliche Fehlentwicklungen ein: Unternehmenskonzentration bis hin zur Monopolbildung, Teuerung, Massenarbeitslosigkeit mit Armut und sozialer Verelendung.

Daher wurde in der Bundesrepublik Deutschland ein Konzept der **Sozialen Marktwirtschaft** eingeführt, das nicht nur als Rahmenbedingung eine staatliche Wirtschaftsordnung setzt, sondern auch Staatseingriffe in den Wirtschaftsprozess erlaubt. Doch in welchem Umfang soll der Staat in das Wirtschaftsleben eingreifen?

Werden entweder die Güter aus unterschiedlichsten Gründen von Unternehmen nicht bereitgestellt oder besteht aufgrund zu hoher Preise keine Nachfrage, dann kann der Markt Angebot und Nachfrage nicht zum Ausgleich (Gleichgewicht) bringen. Im Grunde sollte der Staat dann bei Marktversagen eingreifen.

Beispiel

Bau von öffentlichen Schwimmbädern oder öffentlichen Schulen. Sie stehen jedermann, teilweise kostenfrei oder gegen Nutzungsg Gebühr, zur Verfügung.



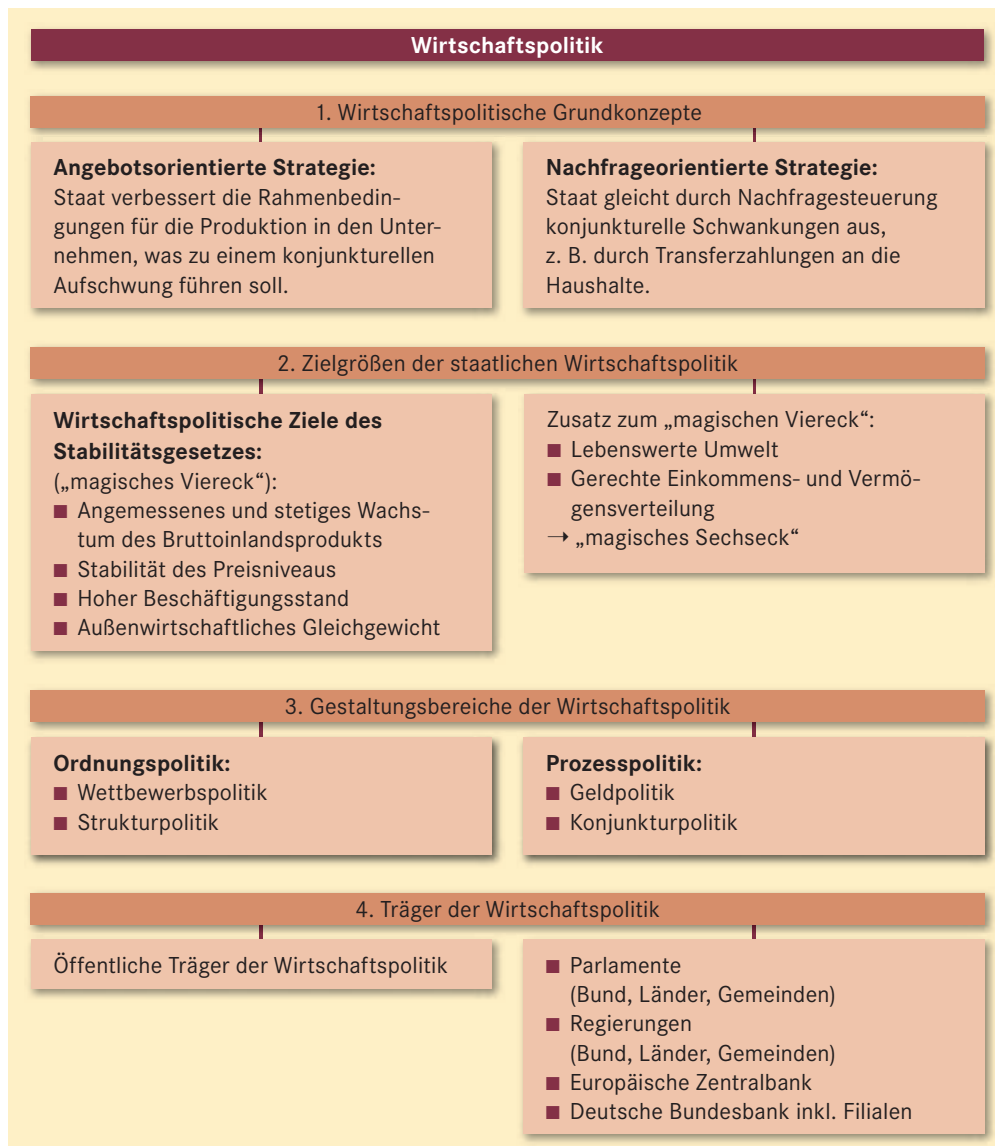
Doch sollte gerade in der sozialen Marktwirtschaft der Grundsatz gelten: „So viel Wettbewerb wie möglich, so viel Staat wie nötig“. Dies gilt nicht nur vor dem Hintergrund steigender Staatsausgaben und unkalkulierbarer Interventionsfolgen, sondern auch im Hinblick auf unerwünschte wirtschaftliche Folgen durch staatliche Regulierungen.

Beispiel

Die Einführung von Mindestpreisen in der Landwirtschaft führt dazu, dass Landwirte ihre Produktion auf jene Güter ausrichten oder ausweiten und damit eine Überproduktion auslösen.

3.2 Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik

Bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik stehen dem Staat und anderen Trägern wirtschaftliche Grundkonzepte, Zielgrößen, Gestaltungsbereiche sowie wirtschaftliche Daten zur Verfügung.





Zwei herausragende Grundkonzepte sind, mit unterschiedlicher Eignung zur Umsetzung sozialer Marktwirtschaft, **Monetarismus** und **Fiskalismus**:

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik	Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik
<ul style="list-style-type: none"> ■ Vertreter: Milton Friedman (1912–2006) ■ Anhänger: Monetaristen ■ Grundposition: halten alle staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft für schädlich ■ Aufgabe des Staates: <ul style="list-style-type: none"> - stabilitätsorientierte Geldmengenveränderung - Verbesserung der Produktionsbedingungen ■ Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> - Steuererleichterungen sollen Investitionen ermöglichen. - Bürokratieabbau - Privatisierung staatlicher Unternehmen - Reduzierung von Subventionszahlungen - Abbau der Staatsverschuldung ■ Kritik: <ul style="list-style-type: none"> - Zu starke Ausdehnung der Geldmenge führt zu einer Inflation. - Förderung von sehr starker Unternehmenskonzentration und -kooperation - alleiniges Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vertreter: John M. Keynes (1883–1946) ■ Anhänger: Fiskalisten ■ Grundposition: stufen Staatseingriffe durchaus als notwendig ein ■ Aufgabe des Staates: <ul style="list-style-type: none"> - Staat gleicht durch Nachfragesteuerung konjunkturelle Schwankungen aus. - Oberste Priorität hat die Vollbeschäftigung, andere Ziele sind unterzuordnen. ■ Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung von Subventionen und Investitionszulagen - Vergabe öffentlicher Aufträge - Förderung von Beschäftigungsprogrammen - Steuererhöhung in guten Zeiten ■ Kritik: <ul style="list-style-type: none"> - Staatseingriffe meist kurzfristig und falsch geplant - Überdimensionierte Sozialleistungen fördern das Anspruchsdenken. - Staatliche Umverteilung der Gewinne schränken die Unternehmer ein.

Grundlagen der staatlichen Wirtschaftspolitik

Exkurs

Lehman-Pleite sorgt weltweit für Turbulenzen

„Das ist noch nicht ausgestanden“

Der Insolvenzantrag der US-Investmentbank Lehman Brothers und der Verkauf von Merrill Lynch an die Bank of America haben weltweit die Aktienkurse einbrechen lassen. Der Dax fiel zeitweise unter 6000 Punkte, der Dow-Jones-Index in New York verlor 4,42 Prozent und ging mit 10 917 Punkten aus dem Handel. Das ist der größte Tagesverlust seit Juli 2002. Der breiter gefasste S&P-500-Index schloss sogar mit seinem stärksten Tagesverlust seit September 2001 – er gab um 4,69 Prozent nach. Privat- und Notenbanken, Aufsichtsbehörden und Politik versuchen, die Märkte zu beruhigen, haben dabei aber bisher nur geringen Erfolg: Die Befürchtungen, die Lehman-Pleite könnte weitere Banken mit in den Abgrund reißen, sind zu groß. 15.09.2008

Quelle: www.tagesschau.de

Staat wird Eigentümer einer Privatbank

Hypo Real Estate

Der Konzern befindet sich nun komplett im Besitz des Staates. Auf der gestrigen außerordentlichen Hauptversammlung setzte der staatliche Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), der bereits 90 % der HRE-Aktien hielt, eine Zwangsabfindung der restlichen Anteilseigner durch. Sie werden aus dem Unternehmen gedrängt und erhalten 1,30 Euro pro Aktie als Entschädigung. Die Hypo Real Estate plant gegenwärtig nicht, nach einer vorgesehenen Abspaltung von Unternehmensteilen diese an die Deutsche Bank zu verkaufen. Das sagte HRE-CEO Axel Wieandt. 06.10.2009

Quelle: www.financial.de

Die Hypo Real Estate war nur mit staatlicher Unterstützung im Herbst 2008 zahlungsfähig geblieben. Die schwelende Immobilienkrise in den USA im Sommer 2007 löste durch die Insolvenz der Investmentbank Lehmann Brothers einen Flächenbrand im weltweiten Finanzsystem aus. Ein Zusammenbruch des globalen Finanzmarktsystems wurde frühzeitig durch umfangreiche Staatseingriffe der Regierungen

verhindert. Massive Zinssenkungen und Ausgabe von zusätzlichem Geld der Notenbanken weltweit konnte das gesamte Bankensystem weitestgehend stabilisieren. Die Regierungen wollten mit ihren staatlichen Rettungspaketen das Vertrauen der Marktteilnehmer in das Banken- und Finanzsystem zurückgewinnen und eine allgemeine Kreditklemme abwenden.

„Cash lights“ – Chronologie einer Krise

Juni 2007	Alarmglocken an der Wall Street: Zwei Hedgefonds der New Yorker Investmentbank Bear Stearns straucheln, weil sie in großem Stil in mit Immobilien besicherten Papieren engagiert sind.
Juli/August 2007	In Deutschland geraten Banken wegen Fehlspekulationen am US-Immobilienmarkt in die Krise – etwa die Mittelstandsbank IKB, die SachsenLB, die WestLB und die BayernLB.
Februar 2008	Der US-Kongress billigt ein Konjunkturprogramm im Umfang von 150 Mrd. US-\$.
März 2008	Das Investmenthaus Bear Stearns wird auf Druck der US-Notenbank kurz vor dem Zusammenbruch an die Großbank J. P. Morgan Chase verkauft. Die US-Regierung springt mit Garantien ein.
06.09.2008	Die US-Regierung übernimmt die Kontrolle bei den US-Hypothekengiganten Fannie Mae und Freddie Mac.
15.09.2008	Der „schwarze Montag“: Lehman Brothers muss Insolvenz anmelden, Konkurrent Merrill Lynch wird von der Bank of America aufgekauft. Der US-Leitindex Dow Jones erleidet den stärksten Tagesverlust seit den Terrorattacken am 11. September 2001.
19.09.2008	Die US-Regierung kündigt ein Rettungspaket für die Finanzbranche an und löst damit ein Kursfeuerwerk an den Börsen aus. Die USA und Großbritannien verhängen ein weitreichendes Verbot für sogenannte Leerverkäufe, also Wetten auf sinkende Aktienkurse.



20.09.2008	Deutschland untersagt Leerverkäufe von elf im DAX- und MDAX gelisteten Finanz-Aktien, weitere Länder folgen.
29.09.2008	In Deutschland gewährt die Bundesregierung dem DAX-Unternehmen Hypo Real Estate umfangreiche Kreditbürgschaften.
04.10.2008	Das DAX-Unternehmen Hypo Real Estate gibt bekannt, dass an dem mit der Bundesregierung ausgehandelten Rettungspaket beteiligte Banken ihre Zusagen zurückgezogen haben. Das Unternehmen kämpfe ums Überleben.
05.10.2008	Die Bundesregierung und die Finanzbranche einigen sich auf ein erweitertes Rettungspaket für die Hypo Real Estate, wonach zusätzlich zum vereinbarten Bürgschaftsrahmen von 35 Mrd. € die Banken einen Kredit in Höhe von 15 Mrd. € gewähren. Zudem stellt die Bundesregierung eine staatliche Garantie für alle privaten Spareinlagen in Aussicht
06.10.2008	Der Deutsche Aktienindex DAX stürzt um mehr als 7 % ab, der Dow Jones Index verliert zwischenzeitlich mehr als 800 Punkte – so viel wie nie zuvor. Island stellt aus Angst vor einem Staatsbankrott das Bankenwesen unter staatliche Kontrolle.
07.10.2008	Die EU-Finanzminister beschließen, „systemrelevante Finanzinstitute“ zu unterstützen und europaweit Spareinlagen von mindestens 50.000,00 € zu garantieren.
09.10.2008	Trotz der Leitzinssenkungen setzt sich die Talfahrt an den internationalen Börsen fort.
13.10.2008	Die Bundesregierung einigt sich auf ein Banken-Rettungspaket mit einem Volumen von 480 Mrd. €. Mit bis zu 400 Mrd. € bürgt der Staat für Kredite von Banken untereinander, weitere 80 Mrd. € werden für eine Beteiligung des Staates am Eigenkapital der Kreditinstitute bereitgestellt. Auch Frankreich, die Niederlande, Österreich und Spanien beschließen milliardenschwere Rettungs- und Stützungsprogramme für den Finanzsektor.
17.10.2008	Bundespräsident Horst Köhler unterschreibt das Gesetz für das 480-Milliarden-Rettungspaket. Zuvor hatten Bundestag und Bundesrat zugestimmt.
19.10.2008	Die Bayern LB kündigt als erste Bank, sie wolle Hilfe aus dem Banken-Rettungspaket in Anspruch nehmen.
20.10.2008	Die Bundesregierung beschließt die Rechtsverordnung zur Umsetzung der Banken-Rettungspakets und knüpft die Gewährung von Hilfen dabei an eine Reihe von Bedingungen. Die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, die den Fonds verwaltet, nimmt ihre Arbeit auf. Die deutschen Finanzkonzerne zeigen bisher wenig Interesse an staatlicher Unterstützung.
29.10.2008	Die Hypo Real Estate beansprucht als erste Privatbank Mittel aus dem staatlichen Rettungsfonds.
31.10.2008	Der Bankenrettungsfonds der Bundesregierung bewilligt der Hypo Real Estate die beantragte Finanzspritze von 15 Mrd. €. Die isländische Finanzaufsicht stellt den Entschädigungsfall für die Kaupthing-Bank fest.
06.11.2008	Die Europäische Zentralbank senkt ihren Leitzins auf 3,25 %.
08.11.2008	Deutschlands größte Landesbank, die LBBW, ist von der Finanzmarktkrise betroffen und erwartet durch ein Island-Geschäft einen „Verlust in Höhe von 350 Mio. €“.
15.01.2009	Die Europäische Zentralbank senkt den Leitzins auf 2,0 %.
22.01.2009	Die Monopolkommission, ein unabhängiges Beratergremien der Regierung, übt scharfe Kritik am Kurs der Regierung in der Wirtschaftskrise und warnt vor Staatswirtschaft.
02.02.2009	Die Bundesregierung erklärt, sie werde eine Pleite der Hypo Real Estate nicht zulassen. Gleichzeitig wächst die Kritik an Verstaatlichungsplänen.
18.02.2009	Die Bundesregierung stellt die Weichen für eine Enteignung angeschlagener Banken im äußersten Notfall.
17. 04.2009	Startschuss für den Versuch einer einvernehmlichen Verstaatlichung: Die Aktionäre der angeschlagenen Hypo Real Estate (HRE) können ihre Anteilscheine ab sofort für 1,39 € dem Bund anbieten.
04.05.2009	Bei der HRE läuft die Frist ab, die der Bund den Aktionären zur Annahme seines Kaufangebots gesetzt hat. Zwar erzielt der Bund keine Mehrheit, eine Verstaatlichung wird es aber vermutlich dennoch nicht geben.
03.07.2009	Der Bundestag beschließt das Bad-Bank-Gesetz.
07.08.2009	Die Hypo Real Estate meldet für das erste Halbjahr einen neuen Milliardenverlust.
05.10.2009	Bei der Hauptversammlung der Hypo Real Estate wird die vollständige Verstaatlichung beschlossen. Die verbliebenen Kleinaktionäre erhalten eine Zwangsabfindung. Die HRE kündigt zugleich einen Bedarf von weiteren 7 Mrd. € Staatshilfe an.

Quelle: www.tagesschau.de

In der Regel stehen den Regierungen drei denkbare Handlungsalternativen für moderate Eingriffe in das Bankensystem zur Verfügung:

- Kapitalhilfen
- Käufe von Aktiva der Banken
- Garantien für Aktiva und/oder Verbindlichkeiten

Eine Verstaatlichung von Privatbanken ist dabei für den Staat die letzte aller Möglichkeiten, da es zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen sowie zu massiven Haushaltsbelastungen durch überhöhte Ankaufspreise der benötigten Unternehmensanteile bzw. der laufenden Betriebskosten kommen kann.

Für das deutsche Bankensystem hat die Bundesregierung im Oktober 2008 das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) – zur Errichtung eines „Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung“ (= Soffin) – beschlossen:

Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 17.10.2008	
Umfang	<ul style="list-style-type: none"> ■ 480 Mrd. € will der Staat insgesamt für die Rettung des deutschen Finanzsystems bewilligen. → entspricht ca. 700 Mrd. US-\$ ■ 80 Mrd. € werden vom Staat als direktes Kreditvolumen bereitgestellt ■ weitere 400 Mrd. € will der Staat für die Bürgschaft zur Verfügung stellen
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> ■ Banken sollen sich gegenseitig wieder vertrauen und sich gegenseitig wieder Geld leihen. → Vergabe von Bürgschaften ■ Banken sollen nicht zahlungsunfähig werden, damit die Bankgeschäfte nicht eingestellt werden müssen. → Kapitalhilfen
Finanzierung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Staat gibt Bundesanleihen, -obligationen oder Schatzbriefe aus ■ Käufer können Banken, Unternehmer und Sparer sein ■ Papiere werden als sehr sichere Anlagen eingestuft
Risiko	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bund übernimmt als eine Art Versicherer das Ausfallrisiko ■ Erst bei einem konkreten Ausfall muss der Bund zahlen ■ Bund rechnet mit einer Wahrscheinlichkeit von 5 % → 20 Mrd. €
Bedeutung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Staat gilt in dieser Situation als vertrauenswürdigster Akteur ■ Geltungsbereich nur auf systemrelevante Not leidende Banken aus Deutschland beschränkt ■ Finanzmittel mussten schriftlich beantragt werden
Laufzeit	31.12.2009

Es stellt sich in diesem Zusammenhang aber die Frage, inwieweit der Staat noch in den Banken präsent sein muss oder ob eine Verbesserung der globalen Finanzmarktregeln reicht:

- Festlegung einer Verschuldungsobergrenze im Verhältnis zur Bilanzsumme,
- höhere Mindestanforderungen an die Liquiditätsversorgung,
- internationale Zusammenarbeit unter den Aufsichtsbehörden zur Überwachung grenzüberschreitender Tätigkeiten.